

## Rundgebung der Tschechen und Südslawen.

### Gegen die Verjagung des Reichsrates.

Gestern fand unter dem Vorsitze der Abgeordneten Stanek und Dr. Korošec eine gemeinsame Sitzung des Tschechischen Verbandes und des Südslawischen Klubs statt, in welcher die Kreiseinteilung und andere Konzessionen an die Deutschen in Böhmen, ferner die Absichten der Regierung über die Lösung der südslawischen Frage und die Errichtung einer deutschen nautischen Schule in Triest besprochen und die volle Uebereinstimmung in der Auffassung bezüglich der Seidlerschen Oltropolitik konstatiert wurde. Es wurden die stärksten Abwehrmaßnahmen in Aussicht genommen und zu diesem Zwecke eine mehrgliedrige, aus den Vertretern des Tschechischen Verbandes und des Südslawischen Klubs bestehende Kommission gewählt. Es herrschte eine sehr erregte Stimmung und man ist zu einem energischen Kampfe gegen die Maßnahmen der Regierung gerüstet; an das tschechische und das südslawische Volk wird der folgende gemeinsame Aufruf erlassen:

„In dem Augenblicke, in welchem durch die absolutistische Entscheidung der Regierung Dr. v. Seidlers das Abgeordnetenhaus gegen seine Majorität verjagt wurde, und in dem weittragende Verfassungsmaßnahmen über die Köpfe und gegen den Willen der beteiligten Völker vorbereitet werden, finden sich der Tschechische Verband und der Südslawische Klub in einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um im Namen des gesamten tschechischen und südslawischen Volkes ohne Unterschied der Partei den nachfolgenden öffentlichen Protest solidarisch zu erheben:

Die Abgeordneten des tschechischen und südslawischen Volkes protestieren mit der größten Empörung gegen alle Versuche der Regierung, eine Neuregelung längst überlebter und von den Völkern nicht anerkannter Verfassungsverhältnisse auf dem Verordnungswege und ohne Teilnahme unserer Völker und gegen sie durchzuführen. Sie protestieren um so entschiedener, weil diese Absicht durch eine einseitige Aktion geschieht, sie protestieren um so entschiedener, weil das nur geschieht durch die von den deutschen Chauvinisten erzwungene Errichtung von Kreishauptmannschaften in Böhmen. Sie protestieren gegen die gleichzeitig angekündigte staatsrechtliche Abtrennung der slowenischen Länder von dem gesamten unteilbaren südslawischen Volke der Slowenen, Kroaten und Serben, sowie gegen die deutsche Invasion im Adriatischen Meere. Sie sprechen ihre Empörung darüber aus, daß die Regierung alles das wagt in dem schicksalsschwersten Moment des Weltkrieges, daß sie auf unsere Forderungen betreffend die Selbstbestimmung, auf die politische Selbständigkeit unserer Völker, welche eine Forderung der gesamten zivilisierten und demokratischen Welt sind, durch absolutistische Oltropis antwortet, die nicht nur den von uns ersehnten Frieden und nicht die Möglichkeit eines freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker bedeuten, sondern den Anfang von Kämpfen, wie es solche noch nicht gegeben hat, und die weiter gehen könnten, als die Autoren des Oltropis ahnen.

Unter einem erheben wir unsere Stimme gegen das empörende Vorgehen der Regierung, welche in einer Zeit, in der die Grundsätze der Demokratie, der bürgerlichen Gleichheit und der Völkerautonomie die ganze Welt durchdringen, gegen uns mit Experimenten aufgetreten wird, die in Wirklichkeit nichts anderes bedeuten, als eine neuerliche Befestigung des Absolutismus und eine neuerliche Vermehrung der Macht des staatsbureaucratischen Apparates; auf der anderen Seite werden bewußt übergangen und absichtlich ignoriert alle Forderungen unseres Volkes nach voller bürgerlicher demokratischer Autonomie in allen Verwaltungskörpern.

Mit gleicher Entschiedenheit protestieren wir dagegen, daß in einer Zeit, in der die Parlamente aller wahrhaft demokratischen Staaten verantwortlich und in entscheidender Weise an dem Schicksale ihrer Völker teilnehmen, das österreichische Parlament ohne jeden Grund und ohne Nötigung zum Schaden der öffentlichen Approvisionierungsverhältnisse wieder verjagt wurde, und daß die Abgeordneten unserer Völker neuerdings der parlamentarischen Tribüne beraubt werden, die unter dem Drucke der militärischen Diktatur während drei Jahren des Krieges entbehrt wurde. Die Verantwortung für die Folgen dessen fallen in erster Reihe auf die Regierung, die durch diesen unentschuldbaren Schritt abermals der ganzen Welt neuerdings demonstriert hat, daß Oesterreich nicht ein verfassungsmäßiger Rechtsstaat genannt werden kann und daß eine ziffernmäßige geringe und niemandem verantwortliche Oligarchie unter dem Drucke und unter der Zustimmung eines Teiles der deutschnationalen Abgeordneten sich nicht scheute, auch die Mitglieder des Parlamentes des allgemeinen Wahlrechtes mundtot zu machen, sobald sie zu fürchten begannen, daß das Parlament den Mut aufbringen könnte, auszusprechen und festzuhalten, was der wirkliche Wille und die feste Ueberzeugung der gewählten Vertreter ist.

Die Abgeordneten der tschechischen und des südslawischen Volkes verlangen daher, daß unsere Abgeordneten weder irgend ein Oltroi, noch eine administrative Verfügung, wenn eine solche gegen uns angewendet werden sollte, niemals und in keinem Falle anerkennen werden und daß sie diese Maßnahmen mit der äußersten Empörung zurückweisen, daß sie für die fernere Entwicklung der Verhältnisse keine Verantwortung übernehmen und daß sie sich im Kampfe gegen den Absolutismus gegen die Vorherrschaft und für die Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmungsrecht und ihre politische Selbständigkeit durch keine Gewalt einschüchtern lassen und solidarisch ausharren.“